

## Zwei Amtszeiten als Bürgermeister

# Wie war das für einen Grünen?

Seit gut 15 Jahren ist Uwe Sternbeck hauptamtlicher Bürgermeister im niedersächsischen Neustadt am Rübenberge; im November scheidet er aus dem Amt aus. Er zieht für die AKP Bilanz.

> Uwe Sternbeck

Neustadt am Rübenberge ist ein besonderer Ort: neuntgrößte deutsche Flächenstadt zwischen Steinhuder Meer und unterem Leinetal, 34 Stadtteile, 45.000 EinwohnerInnen. Eher ländlich als urban, mit mehr älteren Mitmenschen als 20- bis 30-Jährigen. Hier wurde ich am 27. Juni 2004 überraschend zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister gewählt – bis dahin gab es noch die Doppelspitze aus Hauptverwaltungsbeamten und Bürgermeistern im Ehrenamt.

### Ein Grüner als Bürgermeister: Wie konnte es dazu kommen?

Die CDU stellt meist die größte Fraktion im Neustädter Rat, auch 2004. Trotz eines mit den Kooperationspartnern SPD und FDP geschnürten Sparpaketes und eines unglücklich agierenden Stadtdirektors waren nach dessen Abwahl die drei Fraktionen davon überzeugt, dass die NeustädterInnen ihre gemeinsame Kandidatin euphorisch wählen würden. Die Grünen sahen in mir als Diplomverwaltungswirt einen geeigneten Gegenkandidaten. Daneben gab es acht weitere BewerberInnen. Nachdem ich mit vier Stimmen Vorsprung in die Stichwahl gekommen war, reichten im Anschluss 29 Stimmen zur Amtsübernahme.

### Dienstantritt: Überzeugungsarbeit und Bestandsaufnahme

Nach der Wahl galt es, die Mehrheitsfraktionen durch konstruktive und sachbezogene Arbeit davon zu überzeugen, dass wir gemeinsam für die Stadt zusammenarbeiten müssen. In meiner ersten Amtszeit hatte ich zunächst noch häufig mit persönlichen Angriffen zu

kämpfen, die durch konsequent sachliche Entgegnung mit der Zeit abnahmen.

Neustadt verfügt über wesentlich mehr Bildungseinrichtungen oder Straßen als andere Städte dieser Größenordnung. Sie nimmt als selbstständige Stadt in der Region Hannover zahlreiche sonst bei Landkreisen angesiedelte Aufgaben wahr, wie zum Beispiel Bauordnung, Kfz-Zulassung und die Trägerschaft für alle Schulen außer Berufs- und Förderschulen.

Ich musste beim Amtsantritt feststellen, dass ungeachtet dieser Aufgabenfülle wichtige Führungsinstrumente bislang allenfalls halbherzig angewandt wurden: Beim im Rahmen einer Verwaltungsreform eingeführten Neuen Steuerungsmodell haperte es an der regelmäßigen Schulung, beim Controlling sowie an der Kommunikationskultur. Gleichzeitig war im erwähnten Sparpaket die Fortbildung für die Stadtverwaltung beschränkt worden. Führungskräfteentwicklung und -fortbildung war und ist aber eine Daueraufgabe in einer Stadtverwaltung – davon musste der Rat jedoch erst überzeugt werden.

### Kommunikation: Reden, Feiern und Profis helfen

Im Neustädter Land leben sehr viele engagierte Menschen. Hier gibt es mehr Ortsfeuerwehren, Selbsthilfegruppen, Sportvereine und Kulturinitiativen als in den Nachbarstädten. Der persönliche Kontakt zu den BürgerInnen und die repräsentativen Aufgaben waren mir immer sehr wichtig, sie werden von der

Stadtgesellschaft zu Recht eingefordert. Dazu gehören: Grußworte bei Veranstaltungen, Dorfbesuche, Sprechstunden, Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

In den Dörfern leben allerdings mehr Menschen als in der Kernstadt und die an den Stadtgrenzen liegenden Dörfer orientieren sich eher an anderen Mittelzentren. Ein Wir-Gefühl ist daher schwer zu schaffen. Stärken konnten wir es 2015 an einem Festwochenende mit mehr als 10.000 Teilnehmenden anlässlich der 800-Jahr-Feier und des gleichzeitigen Treffens der Neustädte in Europa.

Um die Kommunikation mit Bevölkerung und Medien abseits des persönlichen Kontakts zu verbessern, habe ich eine Pressestelle installiert. Vor meiner Amtszeit durfte die Presse bei verschiedenen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nachfragen und hat dann die unterschiedlichen Antworten zum Teil recht frei interpretiert.

### Bund und Land: Sie bestimmen Aufgaben und Budgets

Viele Aufgaben einer Stadtverwaltung geben Bund und Land vor: So waren in meiner gesamten Amtszeit die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder stetig zu erweitern. Gab es erst seit 2006 Krippen und Horte in Neustadt, arbeiten heute die meisten städtischen Beschäftigten – 152 – im Fachdienst Kindertagesbetreuung; Tendenz steigend. Das Land bestimmte, die Buchführung von Kameralistik auf Doppik umzustellen, und die Finanzkrise er-

schwerte es, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Gleichzeitig sollten entsprechende Konjunkturprogramme trotz Eigenanteil genutzt werden, um etwa ältere Schulgebäude energetisch zu sanieren.

Auch die Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus Syrien und anderen Kriegs- und Krisengebieten wurde zu einer zentralen Aufgabe. Bund und Land starteten zögerlich mit ihrer Unterstützung und fahren sie gerade viel zu früh zurück. Bei großen Infrastrukturvorhaben des Bundes muss sich ein Bürgermeister immer wieder einmischen. Zum Beispiel bedroht der Güterverkehrsausbau die Lebensqualität in Neustadt: Mehr Lärm, noch längere Schließzeiten der Bahnschranken, weniger Ausbaupazitäten für S- und Regionalbahn.

### Grünes Profil: begrenzt möglich

Als Bürgermeister habe ich die Beschlüsse der gewählten Gremien vorzubereiten und auszuführen, leite die Stadtverwaltung und vertrete die Stadt Neustadt nach außen. Schon aus dieser Beschreibung wird klar, dass ein Bürgermeister kein Parteipolitiker sein kann. Man muss zwar für eigene Standpunkte werben, aber auch davon abweichende Beschlüsse der Gremien loyal ausführen. Bei mehr Mehrfamilienhäusern in Bebauungsplänen, dem Beitritt zum kommunalen Bündnis für Biodiversität oder dem Verzicht auf Straßenbauten wurde das grüne Profil erkennbar.

### Debattenkultur: fast überall eine Herausforderung

Die Stadtentwicklung ist vom Gestaltungswillen des Rates abhängig. In Neustadt, aber auch grundsätzlich, ist die Entscheidungsbereitschaft von Räten heute oft nicht so dynamisch und eindeutig, wie der drängende Wille von Betroffenen. In Rat und Öffentlichkeit sehe ich eine zunehmenden Individualisierung und schlechtere Streitkultur. Es wird weniger konstruktiv diskutiert. Häufig werden lautstark die eigenen Positionen rücksichtslos vertreten, andernorts bis hin zur Gewaltanwendung gegen nicht nach den eigenen Wünschen agie-



Auch das gehört zum Bürgermeister-Job: Uwe Sternbeck (links) besucht die Feuerwehrleute, die den Brand einer Torfmiete löschen und dafür einen kilometerlangen Wasserschlauch durch das Moor legen mussten  
Foto: Stadt Neustadt am Rübenberge

rende Amtsinhaber. Hier müssen wir alle für unsere im Grundgesetz verankerten Werte eintreten! Eine gute Diskussionskultur habe ich hingegen bei der kommunalen Lobby-Arbeit in unseren Spitzenverbänden schätzen gelernt, als Grünen-Vertreter in den Präsidien des Niedersächsischen als auch des Deutschen Städtetages.

Nicht zuletzt bedarf das Verhältnis zwischen einem grünen Bürgermeister und „seiner“ Ratsfraktion immer einer verantwortlichen gemeinsamen Kommunikation. So zählen die anderen Fraktionen und die Presse den Bürgermeister gern mit zur grünen Fraktion. Andererseits werden nicht alle Projekte gegenseitig uneingeschränkt gutgeheißen, und das ist erklärungsbedürftig. Vor allem, wenn die grüne Fraktion nicht Teil einer konstituierten Ratsmehrheit ist.

Für eine dritte Wahl habe ich nicht wieder kandidiert: Es ist Zeit für etwa Neues und ich bin grundsätzlich der Mei-

nung, dass Wahlämter auf zwei Amtszeiten beschränkt sein sollten. Am 1. November 2019 werde ich den Schlüssel für das Verwaltungsgebäude an meinen Nachfolger Dominic Herbst (Grüne) übergeben. Dann habe ich über 15 Jahre engagiert und mit Freude für und mit den Menschen in Neustadt gearbeitet. Dafür musste ich mich immer neuen Veränderungen stellen. Ich brauchte Disziplin und Selbstorganisationsfähigkeit, um mich als Mensch im Amt nicht vollständig aufzugeben. Um beispielsweise keine Sieben-, sondern „nur“ eine Sechs-Tage-Woche zu haben. Ich hatte in dieser Zeit aber auch die Chance, viele interessante und engagierte Menschen kennenzulernen.

> Uwe Sternbeck (Grüne) ist Bürgermeister der Stadt Neustadt am Rübenberge.

Zuletzt schrieb er in AKP 2/2019 über „Erfahrungen mit der Datenschutzgrundverordnung: Ein Sprung ins kalte Wasser“ (Seite 20 f.).